

Auf dem Unterbezirksparteitag am 31.05.2023 hat die SPD Herne beschlossen:

Die Kindergrundsicherung muss noch in diesem Jahr eingeführt werden!

Begründung:

Als zentrales Bundestagswahlkampfversprechen der SPD gilt die Kindergrundsicherung. Und das nicht ohne Grund: Jedes fünfte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet – in Herne sogar jedes dritte Kind! Ganz vorne dabei sind Alleinerziehende mit mehreren Kindern. Gerade für sie gilt die Kindergrundsicherung als ein Funken Hoffnung im finanziell schwierigen Alltag. Die Bündelung der Leistungen sowie eine Vereinfachung der Beantragung (von der Hol- zur Bringschuld) würden für sie eine positive Veränderung darstellen.

Armut wirkt sich umfassend auf das Leben von Kindern aus: Ausgrenzung, mehr Gewalt, Benachteiligung in der Bildung – wer als Kind arm ist, wird in unserer Gesellschaft nachhaltig dafür bestraft. Betroffene Kinder wiederholen häufiger eine Klasse, gehen seltener aufs Gymnasium und noch viel seltener an die Uni. Wer Chancengleichheit will, muss gleiche Chancen von klein auf ermöglichen. Die Kindergrundsicherung ist ein elementares Werkzeug für mehr Chancengleichheit.

Die kürzliche Medienberichterstattung wirft in der Frage, auf welcher Seite die SPD steht, jedoch Fragen auf. Statt sich für eine ausreichend stark finanzierte Familiengrundsicherung auszusprechen, zeigt sich die SPD kompromissbereit, um auf die FDP zuzugehen. Die sozialdemokratische Idee einer Kindergrundsicherung darf jetzt auf keinen Fall zu Lasten der finanzschwachen Familien in unserem Land ausgestaltet werden! Sie ist eine Investition in die Zukunft, ein starkes Signal eines solidarischen Miteinanders und trägt sozialdemokratische Handschrift, die nicht verwässert werden darf.

Wir fordern daher, dass eine Kindergrundsicherung entworfen wird, die ihrem Namen gerecht wird! Etwaige Vorschläge zur Gegenfinanzierung liegen längst zahlreich auf dem Tisch, z. B. eine Vermögensabgabe von Millionär*innen und Milliardär*innen. Auch das Sondervermögen über 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr offenbart, dass es am Willen, Geld auszugeben, offensichtlich nicht mangelt. Verglichen damit ist der für die Einführung einer Kindergrundsicherung notwendige Betrag nur ein Tropfen auf den heißen Stein, welcher für armutsbetroffene Familien in Zeiten hoher Inflation und sinkender Reallöhne jedoch unbedingt notwendig und längst überfällig ist.